

Präsidentin des Nationalrates  
Doris Bures  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 13. Juli 2015

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.101/0314-IM/a/2015

- In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5002/J betreffend "private F&E und erhöhte Wettbewerbsfähigkeit", welche die Abgeordneten Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Kolleginnen und Kollegen am 13. Mai 2015 an mich richteten, stelle ich fest:

**Antwort zu den Punkten 1, 3 und 4 der Anfrage:**

Die kontinuierliche Verbesserung des Umfelds für Gründerinnen und Gründer in Österreich, die optimale Unterstützung von Innovationen und Finanzierungen und die Förderung des Unternehmergeistes sind zentrale Politikfelder meines Ressorts. Daher stehen sie im Fokus wirtschaftspolitischer Entscheidungen und werden dies auch in Zukunft tun. Zu konkreten Initiativen, die sich derzeit in Umsetzung befinden oder jüngst umgesetzt wurden, kann Folgendes gesagt werden:

- Unter Einbindung von mehr als 250 Akteurinnen und Akteuren und Institutionen, unter anderem aus den Bereichen Start-Ups, etablierte Gründerinnen und Gründer, Seed Investoren, Business Angels, Venture Capital Geber, Förderagenturen, Forschungseinrichtungen und Interessenvertretungen der Gründerszene, wurde die Strategie "Land der Gründer - Auf dem Weg zum gründerfreundlichsten Land Europas" entwickelt.

Auf Basis umfangreicher Analysen wurden im Rahmen der Gründerland-Strategie die fünf wesentlichen politischen Handlungsfelder Innovation, Finanzierung, Bewusstseinsbildung, Netzwerke und Infrastruktur & Regulatorik sowie 40 Maßnahmen zur

Umsetzung der Strategie definiert. Die Schwerpunkte reichen dabei von neuen Instrumenten zur Steigerung der Innovationsaktivitäten über neue Tools zur Verbesserung der Finanzierung und die dichtere nationale und internationale Vernetzung der Gründer-, Start-up- und Innovations-Landschaft bis hin zum weiteren Abbau bürokratischer Hürden im Gründungsprozess.

Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) bietet dabei zahlreiche Finanzierungsangebote von der Vorgründungs- über die Gründungsphase bis zum Markteintritt. Die von der aws abgewickelte Jungunternehmer-Offensive des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft ist speziell auf junge, innovative Unternehmen ausgerichtet. Zwei einander ergänzende Fonds - der Gründerfonds und der Business Angel Fonds - unterstützen Gründer in der besonders schwierigen Anfangsphase und bieten ihnen eine alternative Finanzierungsform. Diese Initiative ergänzt die bisher implementierten Programm zur Verbesserung der Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben durch Bereitstellung von Eigenkapital oder eigenkapitalähnlichen Mitteln und schließt eine Finanzierungslücke in diesem Marktsegment.

Der aws-Gründerfonds verfügt dabei über ein Gesamtvolumen von € 68,5 Mio. an langfristigem Wachstumskapital, der aws-Business Angel Fonds über ein Gesamtvolumen von € 22,5 Mio. an öffentlichen Mitteln, die von privaten Business Angels auf € 45 Mio. verdoppelt werden. Darüber hinaus wird die Gründungs- und Jungunternehmerförderung der aws in Form von Zuschüssen, Garantien und erp-Kleinkrediten fortgesetzt. Die Erfolge zeigen sich an der hohen Überlebensquote: 88 % der von der aws geförderten Gründer waren auch nach drei Jahren noch am Markt aktiv.

Im Jahr 2014 hatten Maßnahmen, die die Kreditfinanzierung erleichtern, mit einem Volumen von € 758,1 Mio. einen Anteil von rund 72,4% am Förderungsportfolio der aws. Ausgehend von der erzielten Förderungsleistung in Höhe von € 885,2 Mio. wurden € 558,2 Mio. Euro an Krediten und € 199,9 Mio. an Haftungen und Garantien vergeben.

Im zunehmend an Bedeutung gewinnenden Bereich der Risikokapitalfinanzierungen hat das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die aws den Mittelstandsfonds, die Venture Capital Initiative und die Cleantech-Initiative erfolgreich implementiert:

Der mit insgesamt € 80 Mio. ausgestattete aws-Mittelstandsfonds bietet langfristiges Wachstumskapital in Form von flexiblen Finanzierungslösungen für österreichische mittelständische Unternehmen an. Der Fonds ist branchentypisch strukturiert, arbeitet mit marktkonformen Konditionen und ist offen für Co-Investments.

Ziel der Venture Capital Initiative und der Cleantech Initiative ist die Mobilisierung von privatem Risikokapital durch Beteiligung an privaten, nach internationalen Standards gemanagten Risikokapitalfonds ("Fund-In-Fund"). Das von der aws investierte Kapital wird in Form von Beteiligungen des Fonds an österreichischen Unternehmen verdoppelt. Dadurch werden verstärkt junge forschungs- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und ersten Wachstumsphase unterstützt, zusätzliches Wachstum gefördert und Arbeitsplätze geschaffen.

Die Cleantech-Initiative stellt über einen privaten Risikokapitalfonds € 6 Mio. Risikokapital für Unternehmen aus dem Bereich der Energie- und Umwelttechnologien zur Verfügung. In bisher drei Tranchen mit insgesamt rund € 23 Mio. beteiligte sich die aws im Rahmen der Venture Capital Initiative an privaten Risikokapitalfonds mit Investitionsfokus auf forschungs- und technologieorientierten Unternehmen in der Gründungs- und ersten Wachstumsphase.

Ein weiteres Ziel ist es, Crowdfunding als sinnvolle Ergänzung zur Kreditfinanzierung zu etablieren. Das Alternativfinanzierungsgesetz (AltFG) schafft einen innovativen Rechtsrahmen für Crowdfunding, um alternative Finanzierungsmethoden auszubauen, den ökonomischen Wert von Crowdfunding bei gleichzeitiger Rechtssicherheit für Emittenten und Anleger freizusetzen und so Start-Ups bei der Finanzierung neuer Produkte und Dienstleistungen besser zu unterstützen.

Eckpunkte des AltFG sind ein erleichterter Zugang zu Crowdfunding durch eine Staffelung der Prospektpflicht, eine Sicherung des Anlegerschutzes durch die Deckelung des maximalen Investments pro Projekt und Investor sowie die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für Crowdfunding-Plattformen.

Die Steuerreform enthält zahlreiche Maßnahmen, um die Konjunktur weiter anzukurbeln, den Standort Österreich und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die

Ausgaben zu reduzieren. So sollen im Zuge der Steuerreform Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung im Ausmaß von rund € 200 Mio. gesetzt werden, welche entscheidend zu einer nachhaltigen Verbesserung der österreichischen Konjunktur und zur Standortsicherung beitragen werden.

Diese Maßnahmen umfassen die Erhöhung der Forschungsprämie von 10 % auf 12 %, die Erstellung eines KMU-Finanzierungspaketes zur Schaffung eines modernen und flexiblen steuerlichen Rahmens für KMU-Finanzierungsgesellschaften und deren Investoren, die Erhöhung der steuerfreien Mitarbeiterkapitalbeteiligung von € 1.460 auf € 3.000 pro Jahr und eine Zuzugsbegünstigung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Forscherinnen und Forscher in Umsetzung der Empfehlungen der Steuerreformkommission zum internationalen Steuerrecht. Dies wird die Erreichung des F&E-Ziels im Rahmen der EU 2020-Strategie erleichtern.

Im Rahmen des so genannten "KMU-Pakets" wurde vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft der Innovationsscheck Plus aufgelegt: Damit können Unternehmen mit einer bereits im Antrag zu bestimmenden einlöseberechtigten Forschungseinrichtung (außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen und Universitäten) 80 Prozent von deren Beratungsleistungen (gemäß einer Leistungsvereinbarung) im Wert von bis zu € 10.000 bezahlen. Das Programm wurde auf Basis der Ergebnisse einer externen Evaluierung weiterentwickelt und wird in Kürze wieder gestartet. Die Detailanalysen der Evaluierung bestätigen, dass der Innovationsscheck Plus als Türöffner für viele Unternehmen dient, die dann weitere Folgeprojekte im F&E- und Innovationsbereich starten. Das Programm läuft vorläufig bis Ende 2017.

Mit dem Ziel der Sensibilisierung und Information von Handelsunternehmen zum Thema E-Commerce fand 2013 die österreichweite Veranstaltungsreihe "Handel goes www – wissen, wundern, wagen, Erfolgsstrategien für den Verkauf im Internet" statt. Begleitend dazu wurde in den Bundesländern Steiermark, Niederösterreich und Wien die geförderte Beratung "Website-Check" angeboten. Rund 300 Webshopbetreiberinnen und -betreiber nutzten bis Mitte 2014 dieses Angebot, welches neben der Einhaltung grundlegender Informationspflichten (Impressumpflicht) auch eine Reihe weiterer Bestimmungen und Anforderungen im Bereich des Konsumentenschutzes, der Preisauszeichnung und der Zahlungssysteme umfasste.

Die Ansiedlung neuer Headquarters in Österreich ist schon seit Jahren ein wichtiges Unternehmensziel der zum Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft ressortierenden Betriebsansiedlungsagentur Austrian Business Agency (ABA-Invest in Austria). Die ABA konnte im Jahr 2014 gemeinsam mit den Regionalgesellschaften 276 neue internationale Unternehmen in Österreich ansiedeln, was ein Plus von mehr als 21 % gegenüber 2013 und damit das bisher beste Ergebnis in der 33-jährigen Unternehmensgeschichte darstellt.

Auch weitere Erfolgsparameter konnten deutlich verbessert werden: So erhöhte sich die Investitionssumme um knapp 7 % auf € 371 Mio., während die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze um 79 Prozent auf 2.645 gestiegen ist. Die ABA-Invest in Austria wurde zuletzt zweimal von der Weltbank als international beste Ansiedlungsagentur ausgezeichnet.

Die ABA-Invest in Austria leistet mit der internationalen Kommunikationskampagne "Forschungsplatz Österreich" eine wichtige Maßnahme zur Ansiedlung ausländischer Unternehmen in Österreich und schafft dadurch auch positive Effekte für den Arbeitsmarkt. Seit dem Start der F&E-Kampagne im Jahr 2008 hat die ABA-Invest in Austria insgesamt 75 internationale Unternehmen bei ihren F&E-relevanten Investitionen betreut und dabei 1.499 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Selbstverständlich haben die genannten Initiativen als wachstumsfördernde Maßnahmen positive Auswirkungen auf die Jobentwicklung und, insbesondere was Gründungen und Start-Ups betrifft, auf die Förderung des Nachwuchses.

### **Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:**

In diesem Zusammenhang ist auf die Erhebung der F&E-Ausgaben im Unternehmenssektor durch die Statistik Austria zu verweisen. Die letztverfügbaren Zahlen sind jene für das Jahr 2011, die im Jahr 2013 veröffentlicht wurden. Demzufolge werden die aktuellen Zahlen der Vollerhebung im Sommer 2015 von der Statistik Austria veröffentlicht werden. Die F&E-Ausgaben zeigten im Jahr 2011 einen Wert von € 5,69 Mrd. gegenüber € 5,09 im Jahr 2009, was eine Steigerung um 11,8% darstellt.

Unterteilt nach Größenklassen betragen die F&E Ausgaben 2011:

Unternehmen mit 1 - 49 Beschäftigten: € 0,66 Mrd.

Unternehmen mit 50 - 249 Beschäftigten: € 1,13 Mrd.

Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigte: € 3,90 Mrd.

Die Vergleichszahlen für das Jahr 2009 betragen:

Unternehmen mit 1 - 49 Beschäftigten: € 0,56 Mrd.

Unternehmen mit 50 - 249 Beschäftigten: € 0,90 Mrd.

Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten: € 3,63 Mrd.

Die österreichischen Bruttoinlandsausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) werden nach einer Schätzung von Statistik Austria im Jahr 2015 insgesamt € 10,1 Mrd. bzw. 3,01% des BIP betragen. 47,2% der Ausgaben für F&E werden dabei von Unternehmen finanziert, 37,3% vom öffentlichen Sektor. Davon ist der Bund mit 31,8% der F&E-Ausgaben die wichtigste F&E-Finanzierungsquelle. Da die Zuwachsraten der österreichischen F&E-Ausgaben über denen des BIP liegen, ist die Forschungsquote für Österreich in den letzten Jahren stark angestiegen, nämlich um 0,4 Prozentpunkte seit 2009.

Globalschätzung 2015: Bruttoinlandsausgaben für F&E


Quelle: Statistik Austria

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bruttoinlandsausgaben für F&E in Mio. €	8.066	8.276	9.149	9.521	9.833	10.104
Bruttoinlandsausgaben für F&E in % des BIP	2,74	2,68	2,88	2,95	2,99	3,01
Davon finanziert durch						
Bund	0,88	0,85	0,94	0,92	0,96	0,96
Bundesländer	0,14	0,10	0,13	0,13	0,13	0,13
Unternehmenssektor	1,24	1,24	1,31	1,40	1,39	1,42
Ausland	0,44	0,45	0,45	0,46	0,46	0,46
Sonstige <sup>1</sup>	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05

<sup>1</sup> Finanzierung durch Gemeinden (ohne Wien), Kammern, Sozialversicherungsträger sowie sonstige öffentliche Finanzierung und Finanzierung durch den privaten gemeinnützigen Sektor

Seit 2011 sind die Ausgaben für F&E generell von € 8,3 Mrd. auf € 10,1 Mrd. im Jahr 2015 gestiegen. Gleichzeitig ist auch der Prozentsatz der Ausgaben der Unternehmen gegenüber denen der öffentlichen Einrichtungen gestiegen. Daher ist davon auszugehen, dass sich die tatsächlichen F&E Aufwendungen der Unternehmen in der Vollerhebung 2013 im Vergleich zu den öffentlichen F&E Aufwendungen dementsprechend stärker erhöhen werden. Die endgültigen Zahlen werden erst im Sommer 2015 publiziert.

Dr. Reinhold Mitterlehner

	Unterzeichner	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
	Datum/Zeit	2015-07-13T12:25:55+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	1184203
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <a href="https://www.signaturpruefung.gv.at/">https://www.signaturpruefung.gv.at/</a> . Die Bildmarke und Hinweise zur Verifikation eines Papierausdrucks sind auf <a href="https://www.bmwf.gv.at/amtssignatur">https://www.bmwf.gv.at/amtssignatur</a> oder <a href="http://www.help.gv.at/">http://www.help.gv.at/</a> veröffentlicht.
Signaturwert	o6tybYFaaYczv6sO+qB/svzjgDSJ5EFZ8RxyqCdG9F4JcPeFZMIO9+RMRZaWx/i0zCmBaw5CGRoravE29JLQd8m tPGylP+TWbr5Fa87Lx6YImiRUjVnvgRfDlPnLhrtXv7/AVD04C0Gf1/AevnW+aJm/pmapzfxeiUwlAtcAabYh+0U iidhXYQj+3RkuyrRTzs69nrNIOBoY5hO3UP5Xl0NliedkmlpX1wpROpGr2y2ZWrdhHxJxUCXD7fueaZ7dsYRXha Gp4Km1JxF/MUTTcNr6/sECFsSd2+GVCJuFD3Jm69uqlwg5DwPQwqZMRntH56mreCGBd4KRM0V2Bw==	